

Industrie flieht: Hohe Energiekosten treiben Firmen aus Deutschland

BERLIN. 4 von 10 Industrie-Unternehmen erwägen Produktionsverlagerung. Hohe Energiepreise und fehlende politische Lösungen verursachen Zweifel.



NACHRICHTEN AG

ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT



Immer mehr Unternehmen planen Abwanderung aus Deutschland

BERLIN. Die Zuversicht in den Standort Deutschland nimmt weiter ab. In einer kürzlich durchgeführten Umfrage der Deutschen Industrie und Handelskammer (DIHK) bei rund 3.300 Unternehmen gaben etwa 18 Prozent an, dass sie eine Verlagerung ins Ausland in Betracht ziehen. Diese Zahl lag im vergangenen Jahr bei 17 Prozent und im Jahr 2022 bei lediglich elf Prozent, was einen Rückgang des Vertrauens in den Standort Deutschland um sieben Prozentpunkte in den letzten zwei Jahren verdeutlicht.

Hohe Energiepreise als Hauptgrund

Ein erheblicher Teil dieses Vertrauensverlusts ist auf die hohen Energiepreise zurückzuführen, die viele Unternehmensleiter dazu veranlassen zu überlegen, ihre Produktion in Deutschland zu beschränken oder das Land komplett zu verlassen. Besonders stark betroffen ist der Industriesektor, einschließlich des Maschinenbaus, wo 37 Prozent der Betriebe eine Verlagerung ins Ausland prüfen. Bei Industriebetrieben mit hohen Stromkosten liegt dieser Anteil sogar bei 45 Prozent.

Schlechte Perspektiven für die Zukunft

Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind beunruhigend. Laut Achim Dercks, dem stellvertretenden DIHK-Hauptgeschäftsführer, sei das Vertrauen der deutschen Wirtschaft in die Energiepolitik stark beschädigt. Es sei der Politik „bisher nicht gelungen, den Unternehmen eine Perspektive für eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung aufzuzeigen“, so Dercks.

Branchenübergreifende Unzufriedenheit

In allen Branchen herrscht Unzufriedenheit. Auf die Frage nach den Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens antworteten Unternehmer aus dem Industriesektor im Durchschnitt mit einem Wert von minus 34 auf einer Skala von -100 (sehr negativ) bis +100 (sehr positiv). Dies ist der zweitschlechteste Wert in der Geschichte des seit 2012 durchgeführten Barometers. Branchenübergreifend ergibt sich ein ähnlich finsternes Bild. Der Gesamtwert liegt bei minus 20, was den zweitschlechtesten Wert nach dem Jahr 2023 darstellt, wo der Wert bei minus 27 lag.

Erwartungen der Unternehmen an die Politik

Viele Unternehmen beklagen neben den hohen Energiekosten auch ein Übermaß an Bürokratie und einen Mangel an Planbarkeit. Dercks betont, dass die Betriebe deutlich mehr Risiken als Chancen für ihre Wettbewerbsfähigkeit sehen und in den bisherigen energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung keine Grundlage für Entwarnung erkennen. Die Unternehmen erwarten von der Politik eine Senkung der Steuern und Abgaben sowie eine verlässliche Perspektive mit weniger Detailsteuerung.

Politische Maßnahmen für die Zukunft

Um solche Entwicklungen in Zukunft zu verhindern, könnte die Politik stärker auf die Bedürfnisse der Industrie eingehen. Eine transparente und verlässliche Energiepolitik, die auf langfristige Stabilität setzt, könnte Vertrauen zurückgewinnen. Eine Reduzierung der Bürokratie und eine verbesserte Planbarkeit wären ebenso wichtig. Zudem könnten steuerliche Entlastungen sowie eine Reduzierung von Abgaben den Unternehmen ermöglichen, in Deutschland wettbewerbsfähig zu bleiben. Nur durch proaktive und entschlossene Maßnahmen kann die Regierung die Deindustrialisierung des Landes verhindern und den Standort Deutschland langfristig attraktiv halten.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de